

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 50. Charlottenburg, Freitag, den 16. Dezember 1921. 48. Jahrg.

Kritische Betrachtungen zum Lohnabkommen.

Nach dem für den größten Teil der Kollegenschaft opferreichen Streit liegt nun das Lohnabkommen vor uns. Mit größter Spannung hatte man es erwartet, denn man erhoffte allseitig ein günstiges Ergebnis, das der Opfer wert war. Statt dessen erlebten wir damit eine bittere Enttäuschung. Ein Lohnabkommen mit einem Aufwand von Worten und Zahlen, Unklarheiten und komplizierten Rechenexempeln — wahrlich, wenn die Entwicklung in dieser Linie fortschreitet, dann werden wohl alle Porzellanarbeiter noch einmal auf die Schulbank und Algebra studieren müssen. Mit dieser Art Lohnvertrag sollte doch endlich gebrochen werden, denn die Folge ist immer eine endlose Kette von Differenzen, Unannehmlichkeiten und eventuellen Lohnverlusten für die Arbeiterschaft. Als einziges günstiges Merkmal möchte ich nur bezeichnen die Beseitigung der unterschiedlichen Entlohnung der Verheirateten und Unverheirateten. Das ist entschieden richtig. Der Leistungslohn muß bei beiden Gruppen der gleiche sein.

Die ungünstigen Merkmale des Vertrages sind:

1. Die Lohnumstellung und ihre Folgen.
2. Nichtausbau der sozialen Zulagen.

Der Gedanke der Lohnumstellung ist neu. Es fragt sich nur, ob er in der vorliegenden Form von der Vertretung der Arbeiterschaft oder von der des Unternehmerverbandes zur Vorlage gebracht worden ist. Ist ersteres der Fall, dann ist wirklich nicht einzusehen, aus welchem für die Arbeiterschaft vorteilhaften Grunde eine solche Lohnumstellung notwendig war. Ist aber die Lohnumstellung vom Unternehmerverband gefordert worden, was aber kaum anzunehmen ist, dann war es Pflicht der Arbeitervertreter, diese ihrem ganzen Umfange nach abzulehnen. Oder ist etwa der Gedanke der Lohnumstellung, der auch schon im Eisenacher Abkommen zutage trat, vom Unternehmerverband aufgegriffen und von dessen Vertretern in einer für sie günstigen Weise ausgeschlachtet worden? Dieses scheint mir um so mehr der Fall zu sein, wenn ich Vergleiche ziehe, welchen Nutzen die Arbeiterschaft und die Arbeitgeber aus der Lohnumstellung haben. Wenn man einwendet, der Grundsatz für diese war, die Löhne auf eine mittlere Linie zu bringen und damit einen Ausgleich zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen zu schaffen, so ist das durchaus nicht der Fall, denn ein Stundenlohn für einen Facharbeiter (also einen Arbeiter, der drei bis fünf Jahre gelernt hat) von sage und schreibe 5,40 Mk. (M. II a) für Oktober 1921 ist wohl heutzutage keine angemessene Bezahlung mehr. Kein anderer gelernter Arbeiter in Deutschland wird so schlecht bezahlt, wie der Facharbeiter der Porzellanindustrie.

Wenn man zweitens einwendet, der Lohnumstellung läge ein sozialer Gedanke zugrunde — weit gefehlt — das Gegenteil ist der Fall. Denn indem man den besten und geschicktesten Arbeiter, der über Durchschnittsleistungen hinauskommt, schädigt, trifft man auch den Arbeiter, der über das normale Maß der Leistungen gar nicht oder wenig hinauskommt, zu seinem Nachteil. Unter letzteren Arbeitern und Arbeiterinnen befindet sich ein großer Teil der Kollegen, die jahrzehntelang im Beruf tätig sind, aber deren Arbeitskraft durch die anstrengende Akkordarbeit zum Teil verbraucht ist. Den Beweis hierfür will ich gleich durch einen Fall aus der Praxis, der sicher typisch ist, antreten.

In einer Auf- oder Unterglasurmalerei, Dreherei oder Formgießerei sind die Leistungen der einzelnen Kollegen und folglich auch die Verdienste ungleich. Man wird also Stundenverdiener, also solche, die die Akkordbasis nur mit Mühe und Not erreichen, Normal- oder Durchschnittsverdiener, die bis 25 Proz. über die Akkordbasis, und sogenannte „Spitzenverdiener“, die darüber verdienen, vorfinden. Da aber laut Vertrag der Durchschnittsverdienst

einer Sparte (die Sparten sind im alten Lohnvertrag spezialisiert) die Grundlage für die Höhe des prozentualen Zuschlages von 50 bis 61 Proz. (M. II a) bildet, so wird wohl ganz selten der Zuschlag von 61 Proz. gezahlt werden, in den allermeisten Fällen der von 50 Proz. oder ganz wenig darüber. Ist es schon an sich eine große Ungerechtigkeit, daß man den tüchtigsten Arbeitern, die doch das Rückgrat der ganzen Industrie bilden, einfach die Preise reduziert und so den Fabrikanten eine Handhabe zur Ausbeutung darreicht, so ist es eine noch viel schreiendere Ungerechtigkeit, daß dadurch die Minder- und Durchschnittsverdiener auch nur den niedrigsten Prozentsatz erhalten, anstatt den höchsten von 61 Proz. Dadurch werden die Arbeiter gegeneinander ausgespielt, Haß und Unzufriedenheit gegen die Verbandsleitung werden gesät. Aber formell ist nichts dagegen einzuwenden, denn so steht's geschrieben im heiligen Tarifvertrag. Ein menschlich denkender Fabrikant wird vielleicht die Ungerechtigkeit ausgleichen, aber die meisten werden sich auf den Standpunkt stellen: „Für mich ist der Wortlaut des Vertrages maßgebend“. Die Lohnumstellung in dieser Form kann niemand befriedigen, denn sie bringt den Arbeitern nur Nachteile, den Unternehmern nur Vorteile. Vielmehr muß der Grundsatz maßgebend sein: „Bei Akkord muß die Grenze nach oben freibleiben“. Das Durchschnittslohnniveau muß den höchsten Löhnen angepaßt werden. Oder ist vielleicht ein Lohn von 500 bis 600 Mk. bei den heutigen Verhältnissen ein außergewöhnlich hoher? Aber sobald bei uns ein Akkord(Fach)arbeiter im Oktober (in M. II a) wöchentlich 416,16 Mk. verdient hatte, bekam er schon volle 11 Proz. abgezogen. Der eigentliche Abzug beginnt aber bereits bei einem Verdienst von wöchentlich sage und schreibe 377,28 Mk. Von da ab geht es Prozent um Prozent herunter. Diese Lohnpolitik muß jeder denkende Kollege als eine ungerechte aufs schärfste verurteilen und auf sofortige Abänderung beim nächsten Lohnabkommen dringen.

Ich komme nun zu den Unklarheiten des Vertrages.

In den Erläuterungen zu den Richtlinien für die Lohnumstellung heißt es: Zu Absatz 1: Als bisherige tarifliche Akkordbasen gelten usw.

Ja, diese im Oktober 1920 festgelegten Sätze sind aber bereits am 1. April 1920 gezahlt worden, denn sämtliche Zuschläge ab 1. Oktober 1920 — zu diesen gehört auch der am 1. Juni 1920 gezahlte von 10 Proz. — kommen in Wegfall, so daß also tatsächlich die jetzige Erhöhung auf den Lohn vom 1. April 1920 fällt, greift also 1½ Jahr zurück. 50 bis 61 Proz. Lohnerhöhung in einem Zeitraum von 1½ Jahr! Kollegen, überlegt es Euch. Hieran erkennt Ihr sofort das farge Ergebnis des Lohnabkommens. Der zweite Abschnitt der Erläuterungen zu Absatz 1 bestätigt dies, da die Erhöhung auf die Grundpreise, die im Abkommen vom 22./23. März vereinbart wurden, erfolgt. Warum also dieser schleierhafte Text? Reist man etwa auf die Dummheit der Massen?

In den Erläuterungen zu Absatz 2 bis 4 steht, daß die Ermäßigung nur soweit gehen darf, daß der Effektverdienst sich um 20 Proz. gegen früher erhöht. Was soll das heißen: „gegen früher“? Jedenfalls soll und muß damit der Septemberlohn gemeint sein. Dann aber beträgt die Erhöhung nicht 20 Proz., sondern darunter. (Beispiele siehe nächste Seite.)

Die Erhöhung der Facharbeiter-Zeitlöhne beträgt von September auf Oktober auch nur 12½ Proz. anstatt 20 Proz.

Noch ungünstiger gestaltet sich das Verhältnis nach Einrechnung der sozialen Zulagen, da der September-Zuschlag auch auf diese gezahlt wurde. Die Erhöhung beträgt dann z. B. bei einem Verheirateten mit zwei Kindern von September auf Oktober nur 26,73 Mk. — 6¼ Proz.

Beispiele:

Ein verheirateter Facharbeiter in Kl. IIa verdiente im September 1921 folgenden Lohn wöchentlich:
 50,— Ml. Friedensgrundlohn
 + 40% = 203,— „
 253,— Ml. Grundlohn nach Abt. v. 22. 3. 20
 + 25% = 63,25 „ Zuschlag v. 1. 6. und 1. 10. 20
 316,25 Ml.
 + 10% = 31,62 „ Zuschlag im Sept. 21
Ca. 347,87 Ml.

Im Oktober 1921 dagegen nach dem neuen Lohnabkommen:
 50,— Ml.
 + 40% = 203,— „
 253,— Ml. Grundlohn nach Abt. v. 22. 3. 20
 + 50% = 126,50 „ Zuschl. nach dem neuen Lohnabl.
Ca. 379,50 Ml.

Die Erhöhung vom September auf Oktober beträgt 31,63 Ml. = 9% anstatt 20%.

Ein lediger Facharbeiter derselben Klasse verdiente im September 1921 folgenden Lohn wöchentlich:
 50,— Ml. Friedensgrundlohn
 + 40% = 203,— „
 253,— Ml. Grundlohn nach Abt. v. 22. 3. 20
 + 20% = 50,60 „ Zuschlag v. 1. 6. und 1. 10. 20
 303,60 Ml.
 + 10% = 30,36 „ Zuschlag im Sept. 21
Ca. 333,96 Ml.

Im Oktober 1921 dagegen nach dem neuen Lohnabkommen:
 50,— Ml.
 + 40% = 203,— „
 253,— Ml. Grundlohn nach Abt. v. 22. 3. 20
 + 50% = 126,50 „ Zuschl. nach dem neuen Lohnabl.
Ca. 379,50 Ml.

Die Erhöhung vom September auf Oktober beträgt 45,44 Ml. = 16 2/3% anstatt 20%.

Am ungünstigsten gestaltet sich aber das Bild — besonders für die Verheirateten mit Kindern — wenn man Vergleiche zwischen dem Eisenacher Angebot und dem jetzigen Lohnabkommen anstellt, und zwar kommt man da zu folgendem Ergebnis: Je mehr ein Verheirateter Kinder hat, desto ungünstiger gestaltet sich sein Lohn nach dem jetzigen Lohnabkommen, desto günstiger aber nach dem Eisenacher Angebot.

Folgende Beispiele zum Beweis:

- Ein verheirateter Fach(Arbeiter) mit zwei Kindern verdiente im Oktober 1921 wöchentlich nach dem neuen Lohnabkommen . . . 428,50 Ml.
 nach dem Eisenacher Angebot . . . 430,69 „
 (Bei 50 Ml. Friedensgrundlohn — f. vorhergehendes Beispiel) . . . Minus 2,19 Ml.
- Ein verheirateter Facharbeiter mit vier Kindern dagegen wöchentlich nach dem neuen Lohnabkommen . . . 444,50 Ml.
 nach dem Eisenacher Angebot . . . 458,69 „
 Minus 14,19 Ml.
- Ein verheirateter Fach(Zeitlohn)arbeiter mit zwei Kindern wöchentlich nach dem neuen Lohnabkommen (Kl. IIa) . . . 308,20 Ml.
 nach dem Eisenacher Angebot . . . 305,96 „
 Plus 2,24 Ml.
- Derselbe mit vier Kindern wöchentlich nach dem neuen Lohnabkommen . . . 324,20 Ml.
 nach dem Eisenacher Angebot . . . 335,96 „
 Minus 11,76 Ml.

Diese nackten Zahlen besagen genug. Jedes Kommentar hierzu ist überflüssig.

Als logische Forderung ergibt sich hieraus: Ausbau der sozialen Zulage beim nächsten Lohnabkommen. Die Lage der Verheirateten ist eine verzweifelte. Es erübrigt sich wohl, das näher zu begründen. Jeder sozial denkende Mensch muß das einsehen, daß dem Verheirateten neben dem Leistungslohn ein Soziallohn als Ausgleich gezahlt werden muß. Die Ledigen kommen doch alle schließlich einmal in diese Lage, die alles andere als beneidenswert ist. Ich lasse noch ein Beispiel aus einem Feuerungsbezirk folgen:

Ein verheirateter Arbeiter über 24 Jahre mit 2 Kindern im November folgenden Tageslohn:
 Schichtlohn . . . 40,— Ml.
 60% Gehalt . . . 24,— „
 Feuerungszulage . . . 12,— „
 Betriebsratsgeld . . . 4,30 „
 Kinderzulage à 4,50 „
Ca. 89,00 Ml.

Ein verheirateter Facharbeiter der Porzellanindustrie über 24 Jahre mit 2 Kindern verdiente im November in Kl. I folgenden Tageslohn:
 Stundenlohn mit 5% Zuschlag . . . 50,40 Ml.
 Betriebsratsgeld für die Frau . . . 4,16 „
 Kinderzulage à 2,— Ml. . . 4,— „
Ca. 58,56 Ml.

Beide Arbeiter leben unter gleichen Verhältnissen. Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache und lassen die ganze Un-

innigkeit der jetzigen, durch die einzelnen Verbände getrennten Lohnpolitik der Gewerkschaften im grellen Licht erscheinen. Wir Porzellanarbeiter ersehen hieraus, wenn wir nicht sofort zu einer einheitlichen Regelung der Löhne für alle Arbeiter nach Feuerungsbezirken kommen, dann sind wir wirtschaftlich verloren. Die längst ersehnte Einheitsfront in Lohnfragen zur Wirklichkeit zu erheben, ist heilige Pflicht der Gewerkschaftsführer und ein Gebot der Stunde. Werden sie dazu befähigt sein? Die nächste Zukunft wird es lehren. Ein Kollege.

Wir behalten uns vor, eventuell noch auf vorstehende Ausführungen zurückzukommen. (Die Schriftleitung.)

Zur Einberufung eines Betriebsrätekongresses.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhielt folgenden Brief:

Berlin, den 25. November 1921.

An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin.

Werte Genossen!

Am Mittwoch, den 23. d. M., tagte in den Sophiensälen in Berlin eine Versammlung der Betriebsobleute Berlins, an der eine Anzahl Delegationen aus den verschiedensten Orten des Reiches teilnahmen.

In dieser Versammlung wurde nachfolgende Entschliessung gefaßt:

Die am 23. November 1921 in den Sophiensälen zu Berlin versammelte Konferenz der Delegationen aus allen politischen Arbeiterparteien und der freien Gewerkschaften aus vielen Bezirken des Reiches und der Obleute und Vorsitzenden der Groß-Berliner Betriebsräte faßt folgende Entscheidung:

1. Die Konferenz fordert den ADGB und die Ufa auf, innerhalb vierzehn Tagen einen allgemeinen deutschen Betriebsvertreterkongress nach Berlin einzuberufen.

2. Der Kongress muß sich mit folgenden Punkten befassen:

- Erreichung einer Amnestie für die politischen Gefangenen;
- Durchführung der Forderungen, die in den Aufrufen des ADGB und der Ufa enthalten sind;
- vor allem Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Besitzenden (Sachverterfassung usw.);
- Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung aller Lebensmittel und Verteilung durch die Organisationen der Gewerkschaften und Betriebsräte;
- Organisierung der Lebensmittelproduktion durch Organe der Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen;
- Die Kommission ist in ihrer gestrigen Sitzung zu dem Beschluß gekommen, daß der ADGB auf dem Betriebsvertreterkongress die Arbeitslosenfrage mit auf die Tagesordnung setzt — unter Bezugnahme auf Absatz b.

Zusatzantrag zur Resolution:

Die heutige Konferenz wählt eine Kommission, die die Durchführung der Resolution überwacht. Wenn der ADGB in vierzehn Tagen keinen Kongress einberuft oder die Amnestie nicht auf die Tagesordnung setzt, die Kommission selbst einen Aufruf erläßt, um einen Kongress zustande zu bringen. Die Kommission soll aus allen politischen Parteien zusammengesetzt sein.

Die Versammlung wählte — entsprechend dem angeregten Zusatzantrag zur Resolution — eine Kommission, bestehend aus sechs Genossen aller drei sozialistischen Parteien.

Wir bitten, uns schnellstens Bescheid zukommen zu lassen, wann der Betriebsvertreterkongress aus dem gesamten Reich einberufen wird.

Im Auftrage der Kommission:

gez: Louis Fiesch.

Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, Cöpenickerstr. 80/82.

Antwort.

Berlin, den 1. Dezember 1921.

An den

Beauftragten einer Kommission von Betriebsräten

Herrn Louis Fiesch

Allgem. Berliner Ortskrankenkasse, Berlin, Cöpenickerstr. 80/82.

Wertes Kollege!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. November können wir Ihnen mitteilen, daß die Gewerkschaften sich des Ernstes unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage durchaus bewußt sind, es aber gerade im Interesse der Erhaltung einer geschlossenen gewerkschaftlichen Kampfesfront für bedenklich halten, wenn immer wieder versucht wird, im Augenblick der

wirtschaftlichen Krise neue und wirklich zusammengesetzte Vertretungen der Arbeitnehmer zu bilden. Die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre gewählten Körperschaften müssen es ablehnen, die Verantwortung für Aktionen zu tragen, die von irgendwelchen fliegenden Kommissionen eingeleitet werden.

Bei den Betriebsräten ist ein solches Vorgehen um so weniger zu billigen, als der erste Reichsbetriebsrätekongress eine mit dem ADGB und IFA-Bund organisch verbundene Betriebsräteorganisation geschaffen hat. Es kann von uns nicht erwartet werden, daß wir unter Ausschaltung der innerhalb der freien Gewerkschaften bestehenden Betriebsräteorganisation nunmehr Direktiven einer völlig systemlos zusammengesetzten Kommission einzelner Betriebsräte entgegennehmen sollen.

Gleichwohl haben die beiden unterzeichneten Vorstände die sachliche Notwendigkeit des von Ihnen angeregten Reichsbetriebsrätekongresses geprüft. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Aktivität der organisierten Arbeiter und Angestellten, wie sie durch die wirtschaftliche Lage jetzt bedingt ist, keineswegs in der Veranstaltung von Betriebsrätekongressen auswirken müßte. Die Gewerkschaften haben ein wirtschaftliches Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen und damit auch zur Milderung der bestehenden Teuerung herausgebracht, für dessen Erfüllung sie kämpfen werden. Wir rechnen in diesem schweren Kampf auch auf die Unterstützung der Betriebsräte, denn es kommt darauf an, daß die von uns eingeleitete Bewegung vor allem auch örtlich von den breiten Schichten der Arbeitnehmer getragen wird. Es wird also Aufgabe der Betriebsräte sein müssen, besonders dahin aufklärend zu wirken, daß es nicht genügt, Lohnbewegungen zu machen, sondern daß die Belegschaften die Gewerkschaften darin unterstützen müssen, die Ursachen der anhaltenden Teuerung und der Not zu beseitigen.

Diese aufklärende Kleinarbeit, in der die wesentliche Voraussetzung für eine Steigerung unserer Aktionskraft liegt, kann auf keinen Fall durch die dauernde Veranstaltung von Betriebsrätekongressen ersetzt werden, und es muß auch einmal erklärt werden, daß die Finanzspruchnahme der von der organisierten Arbeiterschenschaft aufgebrachten Organisationsmittel für Kongresse nicht unbegrenzt sein kann. Es findet u. a. am 5. Dezember ein großer Reichsbetriebsrätekongress für die Metallindustrie in Leipzig statt, der rund 1000 Teilnehmer umfassen dürfte, und es ist wirklich nicht zu rechtfertigen, nun zu gleicher Zeit einen zweiten Kongress im Sinne Ihres Vorschlages abzuhalten, der sich weder im Umfang noch in der Auswirkung von der Leipziger Tagung unterscheiden könnte.

Es wird in nächster Zeit Gelegenheit gegeben sein, auf den großen Ausschusstagungen des ADGB und des IFA-Bundes das Steuerprogramm der Spitzenverbände weiter zu behandeln und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen, und es besteht daneben noch die Möglichkeit, auch durch Einberufung des gewählten Beirates der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale dessen Mitwirkung zu dieser Bewegung zu sichern.

Wir bemerken schließlich noch, daß die von Ihnen neben den wirtschaftlichen Fragen angeschnittene Forderung der Amnestie für die politischen Gefangenen in erster Linie Sache der politischen Arbeiterparteien sein muß. Wir verkennen keineswegs die Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft, können aber nicht zugeben, daß nun durch Vermittlung einzelner Betriebsräte der Aufgabenkreis von Parteien und Gewerkschaften völlig verwischt werden soll.

Indem wir Ihnen unsere sachliche Auffassung zu dem eingereichten Vorschlag mitteilen, muß auch von den Betriebsräten erwartet werden, daß ihr Verkehr mit den Gewerkschaften künftig im Rahmen der selbst geschaffenen Betriebsräteorganisation vor sich geht.

Mit gewerkschaftlichem Gruß!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Vorstand. gez. L. h. L e i p z i g.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Der Vorstand. gez. B. S ü ß.

Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

gez. B r o l a t. R ö r p e l.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Kreditaktion der Regierung. — Die Stinnesprojekte. — Die englische Industrie zur Reparation. — Die neue Wirtschaftspolitik der Russen. — Der französische Militarismus gegen die deutsche Arbeiterklasse. — Der Ententekapitalismus in Oberschlesien.

In der Reparationsfrage besteht die Spannung fort. Es ist vollkommen unklar, ob die Bemühungen der Regierung, gemeinsam mit der Industrie in England und Amerika einen größeren Kredit aufzunehmen, von Erfolg begleitet sein werden. Bei dieser Sachlage bleibt es unklar, ob am 15. Januar die fällige Rate für die Reparation bezahlt werden kann, wobei sich zwischendurch schon Schwierigkeiten ergeben werden, ob die vorher auf Grund der

variablen Leistungen festgesetzten Geldbeträge aufgebracht werden können. Bei dieser undurchsichtigen Entwicklung der Finanzlage des Reiches zeigt sich an der Börse keine Besserung in der Kursbewegung. Vielfach tauchen die Befürchtungen auf, daß wir noch weiter abwärts mit unserem Markkurs sinken.

Was die Stellung der Industrie anbelangt, so ist immerhin bemerkenswert, daß ein einflußreiches Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr Dr. Krämer, im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, sich sehr entschieden für das Zustandekommen einer Kreditaktion ausgesprochen hat, und diese auch nicht verquiden will mit irgendeiner besonderen wirtschaftspolitischen Frage. Herr Stinnes, der die Gegenströmung im Reichsverband der deutschen Industrie vertritt, ist von seiner Reise nach England zurückgekehrt. Ob er sich bei seinem Aufenthalt in London sehr intensiv mit der Kreditaktion beschäftigt hat, ist mit Sicherheit nicht festzustellen, aber es ist wohl anzunehmen, daß er nicht ohne Rücksprache mit einflußreichen Finanzkreisen auch in England dieses Projekt erörtert hat. Da er zu denjenigen gehört, die für eine Ablehnung der Londoner Bedingungen gewesen sind, so ist von seinen Bemühungen nicht viel zu halten. Er ist nicht gerade interessiert an dem Zustandekommen dieser Aktion, es sei denn, daß er sich der Hoffnung hingibt, daß durch diese Aktion mit den starken wirtschaftlichen Forderungen, die auf seinen Einfluß der Reichsverband der deutschen Industrie stellte, das Zustandekommen einer größeren Anleihe auch für ihn verlockender erscheint.

Es wurde ferner berichtet, daß Herr Stinnes einen großen gigantisch angelegten Plan für eine russische Aktion ausgeheckt habe. Seine Bemühungen gehen dahin, in Rußland in Verbindung mit englischem Kapital und deutschem Unternehmertum eine großzügige Ausnutzung der russischen Rohstoffe und des russischen Marktes zu betreiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man dafür in England Verständnis hat. Von anderer Seite wird berichtet, es sei beabsichtigt, einen europäischen Eisenbahntrust ins Leben zu rufen, für den die Ueberleitung der deutschen Eisenbahnen in privaten Besitz einen starken Stützpunkt abgeben würde.

Ueberraschend taucht nun inmitten dieser kapitalistischen Spekulation das Projekt der englischen Industrie auf, für Deutschland die Reparationsleistungen zu erleichtern. Es war nicht unbekannt, daß in englischen Finanz- und Industriekreisen das Unhaltbare des gegenwärtigen Zustandes erkannt wurde und die enge Verbindung der Gesamtwirtschaftslage mit der deutschen auch denen klar wurde, die bisher der deutschen Konkurrenz nicht gerade freundlich gesinnt waren. Die Denkschrift der englischen Industrie ist von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung. Sie lehnt sich an den Vorschlag an, der kurz vor der Londoner Verhandlung von Arnold Reehberg dem damaligen Minister des Aeußern, Herrn Dr. Simon, unterbreitet wurde. Reehberg empfahl, daß Kapitalanteile der Großindustrie mit ihrem Ertrag als Reparationsleistungen angeboten werden sollten. Die Entente hätte dann die Möglichkeit gehabt, bei einer Besserung unserer Wirtschaft einen ganz sicheren Wertmesser der Beteiligung der höheren Leistungen in der Hand zu haben und finanziell wäre das Reich entlastet.

Auf diesen Vorschlag geht die Denkschrift der englischen Industrie zurück, sie erweitert aber ihre Anforderung, indem sie nunmehr auch den Einfluß auf die deutsche Industrie durch solche Besitztitel erwerben will. Von einem solchen Zugeständnis kann natürlich keine Rede sein, denn wir kämen in eine vollständige Abhängigkeit, die auch politisch untragbar wäre. Immerhin ergibt sich, wie verfehlt es war, die Lösung unserer Finanzkalamität in der Form, wie sie das Reichswirtschaftsministerium dem Kabinett empfohlen hat, abzulehnen. Würde die Regierung sich zu einem entschlossenen Vorgehen bereit finden, so hätte die Erfassung der Sachwerte nur als Unterlage einer Sicherung für den ausländischen Kredit gedient. Leider ist man vor dem Ansturm der Industrie und den kapitalistischen Interessen zurückgewichen, und wir werden erleben, daß es leider eines noch stärkeren Zwanges bedarf, um zu den Maßnahmen, die man zunächst für undurchführbar hielt, zurückzuführen.

In Verbindung mit dem russischen Problem des Herrn Stinnes ist es nicht uninteressant, den Differenzen in der russischen Sowjetregierung über die neue wirtschaftliche Gestaltung in Rußland nachzugehen. In der russischen Presse kommt zum Ausdruck, daß Lenin sehr offen, man kann sagen rücksichtslos, die Umstellung der russischen Wirtschaft vertretet hat. Man hat sich, so erklärt er, zu einer anderen Wirtschaftspolitik entschließen müssen, die allerdings im Endergebnis zu einer Wiederherstellung des Kapitalismus führen muß. Gezwungen sei man hierzu auch durch das Verhalten der Bauernschaft, deren persönliche Interessen anders gerichtet sind, als die kommunistische Wirtschaftspolitik. Wenn es nicht gelinge, den Aufbau der nationalen Wirtschaft auf persönliche Interessen zu stellen, so gehe die Republik dem Untergang entgegen. Man sei gezwungen, an Ausländer Konzessionen zu erteilen: die Ruffe-

rung werde lernen aus dieser Umstellung, und dann erst werde sich die kommunistische Wirtschaft verwirklichen lassen.

Damit würde nun die russische Sowjetregierung einen sehr weiten Umweg zur Erreichung ihres Zieles einschlagen, und sie hat in den Kreisen ihrer Anhänger damit bereits einen heftigen Widerspruch gefunden. Trotski, der ablehnend diesem Standpunkt gegenüber steht, ist in der Öffentlichkeit weniger bemerkt, wohl aber tritt Ducharin als entschiedener Gegner im obersten Volkswirtschaftsrat auf. Hier soll sogar der Einfluß Ducharins im starken Wachsen sein, während die Position Lenins an Boden verliert. Diese innere Unklarheit und die Gegensätze in der russischen Regierung beanspruchen insofern eine gewisse Bedeutung, als es unsicher erscheint, ob die Lockerung der Fesseln der russischen Wirtschaft einen dauernden Bestand hat oder sich nicht wieder die Rückkehr zu den kommunistischen, unhaltbaren Problemen vollzieht. Die Stellung Lenins ist auch insofern nicht ganz gesichert, weil die Umstellung seiner Wirtschaftspolitik natürlich nicht unmittelbar die Erfolge aufweist, die zur Befestigung einer ganz anders gerichteten Politik notwendig wären. Das ausländische Kapital betrachtet bisher mit einem gewissen Mißtrauen alle die Angebote, die von der russischen Regierung ihnen offeriert werden, und man hat sich im allgemeinen bisher ablehnend verhalten.

Das Vorgehen des Generals Kollet gegen die deutschen Werke und die Unternehmungen, die der Rüstungsindustrie dienen, hat nunmehr auch in Arbeiterkreisen allgemein eine starke Enttäuschung ausgelöst, die ohne Parteirichtung besonders diejenigen Arbeiter mit fortgerissen hat, die unmittelbar von der unsinnigen Anordnung getroffen werden. Man wird es begrüßen, daß gegenüber der skrupellosen Propaganda im Ausland der Versuch unternommen wurde, die Delegierten der internationalen Konferenz in Genf zu bestimmen, auf ihrer Rückreise durch Deutschland einen Einblick zu nehmen in die Betriebe, um die unerhörte Bedrückung, die uns zugefügt wird, zu verstehen.

Stinnes oder Dubois?

Von Dr. R. Rucznski.

Das deutsche Volk ist übel daran. Es war stark, so lange es glaubte, einen Verteidigungskrieg zu führen. Es wurde schwach, als ihm Stinnes und seine Leute das süße Gift des Annexionsismus einträufelten. Die Entente hat ihm dann den Rest gegeben. Jetzt kämpfen die beiden Gruppen, die Deutschland ruiniert haben, um die Beute. Die Entente schickt ihre Reparationskommission nach Berlin, um Deutschland seine Finanzhoheit zu nehmen. Aber am gleichen Tage wie der Vorsitzende der Reparationskommission, Herr Dubois, besucht Herr Stinnes den Reichskanzler und stellt sich seinerseits als Chef der „Dette publique“ in Deutschland vor. Als erstes fordert er die Herausgabe der Reichseisenbahnen.

Nun kann man selbstverständlich in der Frage: Staatsbahnen oder Privatbahnen? verschiedener Meinung sein. Aber es ist doch bezeichnend, daß selbst in den Kreisen, die mit einer Auslieferung der Reichseisenbahnen an Privatkapitalisten sympathisieren und wirtschaftspolitisch auf gleichem Boden stehen wie Stinnes, v. Siemens usw., das Ausreten dieser Herren beim Reichskanzler als anmaßend und töricht empfunden wird. Auf dem Parteitag der Demokraten erklärte so der Parteivorsitzende Senator Dr. Petersen: „Es beweist die Unfähigkeit der kapitalistischen Kapitäne, wenn sie solche Bedingungen an die Regierung stellen. (Sehr richtig!) Wir müssen uns verbitten, daß eine Klasse uns Bedingungen auferlegt, als wenn sie ein Bankier wäre. (Sehr richtig! Großer Beifall.) Wir vertreten den Standpunkt der Ausgleichsinteressen. Wir können uns das nicht gefallen lassen.“

Die politische Unfähigkeit unserer kapitalistischen Kapitäne überschreitet in der Tat jedes Maß. Herr Stinnes erschien beim Reichskanzler als Sprecher der Kriegsgewinnler, Herr Dubois als Sprecher der Kriegsgewinner. Diesen Unterschied hatte Herr Stinnes übersehen; und er überließ noch einen weiteren Unterschied: beide schlugen dem Reichskanzler die Pistole auf die Brust; aber die Pistole des Herrn Dubois ist geladen, die des Herrn Stinnes ist eine Axtkappe.

Aus unserem Beruf.

Wien. Achtung! Schildermaler! Seit dem 1. Dezember stehen die Anmacher im Streik. Es ist darauf zu achten, daß keine Streikarbeit verrichtet wird.

Ludwigsbürg. Der Streik der Dreher in der hiesigen Porzellanfabrik ist nach achtzigiger Dauer beendet worden. Die vereinbarten Löhne entsprechen allerdings bei weitem noch nicht den

heutigen Löhnerungsverhältnissen. Es muß dabei noch in Betracht gezogen werden, daß alle Arbeiter an der Maschine nur drei Tage in der Woche arbeiten können wegen Mangel an elektrischer Kraft. Das Elektrizitätswerk leidet unter Kohlenmangel. Die Firma sucht jedoch noch immer Dreher und Kapseldreher. Die Behandlung läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Der Direktor Wacker scheint zu glauben, sich etwas zu vergeben, wenn er den Arbeitern einen Gruß entbieten sollte. Der Betriebsleiter, der sich für keine mindere Größe hält, wandelt natürlich in den Fußstapfen des Direktors. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn seit keine Woche vergeht, in der es nicht aus irgendeinem Grunde zu Unstimmigkeiten kommt, insbesondere wegen der Preise. Diejenigen Kollegen, die ein Verlangen danach haben sollten, ihr Heil einmal auf dem teuren Pflaster Ludwigsbürge probieren zu wollen, werden sich bald selbst von der Richtigkeit unserer Darlegungen überzeugen können. Wer vorher genaueren Aufschluß über die hiesigen Verhältnisse zu erhalten wünscht, möge sich an unsere Verwaltung wenden. Diese ist zu jeder Auskunft gern bereit.

Wien, D. L. Die Differenzen bei den Firmen Arntle & Jörn, Pfiffertling & Co. sind beigelegt.

Die Arbeitslosigkeit im Oktober.

Die Scheinkonjunktur hat auch im Oktober angehalten und besteht zurzeit noch fort. Das rasche und weitgehende Sinken des Wertes der Mark hat weiter den Zustand begünstigt und aufrecht erhalten, den man am treffendsten mit den Worten: „Der Ausverkauf Deutschlands“ gekennzeichnet hat. In Verbindung damit stehen die Inflationen im Inland. Jedoch ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß der Rückschlag eintreten muß. Insbesondere die Industrien, die beim Bezuge ihrer Rohstoffe auf das Ausland angewiesen sind, sind bei dem niedrigen Stand unserer Mark genötigt, mit einer erheblichen Verteuerung der Produktion zu rechnen, die sich in den Verkaufspreisen und damit in der Verminderung der Absatzmöglichkeiten auswirken muß.

Im Oktober waren in den deutschen Arbeiter-Fachverbänden, die an das Reichsarbeitsministerium regelmäßig berichten, von 5 960 815 Mitgliedern 71 730 oder 1,2 v. H. arbeitslos gegen 1,4 v. H. im Vormonat. In unserem Verbandsverbande waren von 47 000 Mitgliedern, über die berichtet wurde (gezählt wurden insgesamt 61 591 Mitglieder), 120 männliche und 185 weibliche, zusammen 305 arbeitslos oder 0,6 v. H.

Wir wollen wieder einmal an unsere Zahlstellenkassierer das Ersuchen richten, die Zahlkarten regelmäßig auszufertigen und an das Verbandsbureau einzusenden. Es macht keinen guten Eindruck, wenn festgestellt werden muß, daß über zirka 15 000 Mitglieder nicht berichtet wurde. Solcher Zustand fälscht auch das Resultat. Sofern von diesen 15 000 Mitgliedern, über die nicht berichtet wurde, niemand arbeitslos war, dann ist die Prozentzahl der Arbeitslosen eine niedrigere, als in dieser Statistik verrechnet wurde. Wir haben aber ein Interesse daran, über den wahren Stand der Beschäftigung in unserem Verbandsverufe genau orientiert zu sein. Es ist tief bedauerlich, daß trotz der fortgesetzten Bemühungen an die Kassierer dieser Uebelstand nicht zu beseitigen ist.

Erhöhung der Inlands-Verkaufspreise für Geschirz- und Porzellan.

Der Verband Deutscher Porzellan- und Geschirrfabriken hat in einem Rundschreiben an seine Abnehmer im Inland die Mitteilung ergehen lassen, daß die Verkaufspreise bedeutend erhöht werden mußten. Das Organ der Händler, die „Porzellan- und Geschirrfabrikation“, druckt dieses Rundschreiben im vollen Wortlaut ab. Die Begründung für diese Preiserhöhung wird angeführt, daß die Porzellanfabriken am Inlandsgeschäft einen Nutzen nicht erzielen konnten, ja, daß sogar am Inlandsgeschäft mit Verlust gearbeitet wurde. Die erzielten Gewinne konnten lediglich nur am Auslandsgeschäft hereingebracht werden.

Der Verband der Porzellan- und Geschirrfabriken, sowie auch die übrigen Organisationen der Unternehmer in der feinkeramischen Industrie haben sich bisher einer Verschleuderung deutschen Porzellans ins Ausland mit allen geeigneten Mitteln zu widersetzen gesucht. Leider sei der gewünschte Erfolg ausgeblieben. Der Schieberband habe immer wieder Mittel und Wege gefunden, Porzellan zu Schleuderpreisen ins Ausland zu verschicken. Das sei in der Hauptsache auf das fast völlige Versagen der behördlichen Kontrollen zurückzuführen.

Die ausländischen Händlerverbände haben den Porzellan- und Geschirrfabrikanten wissen lassen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, Porzellan zu den vom Verband festgesetzten Verkaufspreisen zu nehmen, bezw. verkaufen zu können, weil in ihren Ländern deutsches Porzellan von den Kleinhändlern und im Straßenhandel zu einem Drittel des Preises schon verkauft werde, den sie den deutschen Fabriken zahlen sollen. Dieser Zustand könne nur dadurch beseitigt werden, daß den Porzellanfabriken die Ware von inländischen

Händlern zu Inlandspreisen abgenommen wird. Die Ware gerät dann in die Hände des illegalen, des Schieberhandels, um bei dem den Schiebern günstigen hohen Stand der Auslandswährung zu Preisen, die nach dem deutschen Geldstande als Spottpreise bezeichnet werden müssen, ins Ausland verschoben zu werden. Eine Folge dieser Manipulationen ist, daß die deutschen Händler fast gar keine Lagerbestände haben. Sie können soviel Ware gar nicht heranschaffen, als ihnen von den Schiebern wieder abgekauft wird.

Es wird ferner in genanntem Rundschreiben angeführt, in welchem Maße sich die Produktion verteuert hat infolge des Steigens der Preise für Rohstoffe, Kohlen und der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten. Die durch den Dresdener Schiedsspruch bedingte Erhöhung der Löhne betrage durchschnittlich eine Steigerung von 50 bis 65 Proz. der Effektivlöhne.

1 Kilogramm deutscher Kohle, das vor dem Kriege 1,4 Pf. kostete, kostet in Kürze 64 Pf. Welche Bedeutung der Kohle im feinkeramischen Produktionsprozeß zukomme, sei daraus zu ersehen, daß 1 Kilogramm Kohle von 7000 Wärmeeinheiten durchschnittlich 0,2135 Kilogramm Porzellan ergibt. Böhmisches Kaolin, böhmische Braunkohlen, norwegischer Feldspat sind infolge des ungünstigen Standes der Valuta nur zu hohen Preisen zu haben; Farben, Gold ebenfalls.

Infolgedessen sei eine Erhöhung der Inlandspreise vom 22. November ab festgesetzt worden; diese beträgt:

2 1/2fache Preise + 50 Proz. (dabei ist unter 2 1/2fach der 2 1/2malige achtfache Grundpreis zu verstehen).

Nach unserer Meinung — ob wir die komplizierte Berechnung dabei vollkommen richtig erfassen, wissen wir nicht genau — würde das in der Praxis ungefähr heißen: 100 Teller, 25 Zentimeter flach, kosteten vor dem Kriege 33 Mk.; der 8fache Preis davon wäre 264 Mk.; das 2 1/2fache dazu macht 660, dazu + 50 Proz. = 990 Mk. Das Hundert Teller würde demnach ab Fabrik 990 Mk. kosten.

Rechnet man dazu noch einen Händlerprofit von 33 1/2 Proz., dann würde ein einzelner Teller dem Inlandsverbraucher 13,20 Mark kosten. Bei diesen Preisen wird das Inlandsgeschäft voraussichtlich nicht florieren. So bedauerlich das ist, soviel müssen wir zugeben, daß die Unternehmerorganisationen genügenden Grund haben, der Verschleuderung des Porzellans durch den Schieberhandel einen Niegel vorzuschieben. Wenn die Dinge so weitergehen sollten, wäre in sehr kurzer Zeit der Auslands- wie Inlandsmarkt ruiniert, und die Arbeiter gehörten nicht in letzter Linie mit zu den Leidtragenden.

Die christlichen Gewerkschaften auf den Mitgliederfang.

Von einem Gewerkschaftsmitglied wird uns geschrieben:

Die Brüder in Christo scheinen in die Fußstapfen des Nationalen Arbeiterbundes geraten zu sein, denn ihre Agitation läuft im selben Fahrwasser. Hauptsächlich scheinen diese Irrgestalten es auf die Porzellanarbeiterinnen abgesehen zu haben. Zu ihrer Agitation müssen selbstredend die freien Gewerkschaften herhalten. Ein Beispiel dazu liefert uns ein Fall aus Ulm. Dort erschien in der Wohnung zweier Porzellanarbeiterinnen ein christlicher Agitator und forderte unter großem Wortschwall die beiden jungen Mädchen auf, aus dem freien Verband auszutreten und Mitglied seiner Organisation zu werden. Die freien Gewerkschaften kümmern sich gar nicht um die Not der Arbeiter, sondern beschäftigen sich mit allen unnötigen Sachen, wie mit der weltlichen Schule, mit Arbeiterbildung, mit Religionsfreiheit, ja sogar in die Mieterbewegung mischen sie sich.

Vorstehende Notiz entstammt der „Schlef. Bergwacht“. Daß die Brüder in Christo mit derartigen Mädchen Geschäfte machen könnten, nehmen wir zur Ehre unserer weiblichen Mitglieder in Ulm nicht an. Im übrigen ist es geradezu töricht, wenn man glaubt, damit Eindruck auf unsere Mitglieder zu machen, daß man unseren Verband als Verbrechen an der Arbeiterschaft ankreidet, daß er sich nicht nur allein mit Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses befaßt, sondern darüber hinaus sich noch auf anderen, für die Arbeiter nützlichen Gebieten betätigt. Das schlimmste, was man uns glaubt vorwerfen zu können, ist wohl, daß der Verband sich mit der Weiterbildung der Arbeiter befaßt. Diesen Schmerz können wir den Christen nachfühlen.

Was braucht auch ein Arbeiter aufgeklärt zu sein, was braucht er Bildung zu haben. Um die Rolle ausfüllen zu können, die den christlichen Schäflein von ihren Hirten zugewiesen ist, genügt es vollkommen, einen Glauben zu haben, der Berge versetzt. Wissen, Aufklärung, eingehende Kenntnis von den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen ist das Gefährlichste, was einem gläubigen christlichen Gemüt in den Weg treten könnte. Bei einem aufgeklärten Arbeiter ist im Ernst zu befürchten, daß er hinter die Kulissen sehen lernt, die ihm die Mäcker in der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufbauen, um seinen Blick einzuengen. Für einen Glaubensstarken christlichen Arbeiter gilt der vom Regensburger

Bischof v. Senle aufgestellte Grundsatz: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“. Um die Arbeiter dahin zu bringen, diesen christlichen Glaubenssatz begreifen zu können und sich Zeit ihres Lebens damit abzufinden, ist es schon notwendig, streng darüber zu wachen, daß ja kein Lichtstrahl des Wissens in das zur Knechtseligkeit erzogene Arbeitergemüt fällt. Bei den Tarifverhandlungen haben die Vertreter des christlichen Verbandes die Arbeitgeber angewinkt; sie möchten ihnen — den Christen — durch eine Bestimmung im Tarif doch behilflich sein, die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie in den christlichen Pferch treiben zu helfen. Es gäbe immer noch Betriebsräte, die dem „sozialdemokratischen“ Porzellanarbeiterverband angehören, die den Agitatoren der Christen, von der Sorte, wie eingangs geschildert, auf die Finger klopfen.

Wir glauben heute schon sagen zu können, daß unsere Mitglieder sich diese schäbige Art der Agitation, den mit den gemeinsten Mitteln betriebenen Mitgliederfang innerhalb unserer Reihen, dieses fortgesetzte Verleumben und Herunterreißen unseres Verbandes nicht dauernd gefallen lassen werden. Eine Sache, die sich nicht mit anständigen Mitteln vertreten und verteidigen läßt, ist ohnehin schon in den Augen aller anständigen Menschen gerichtet.

Gewerkschaftliches.

Das Berliner Bureau des Internationalen Arbeitsamtes in Genf teilt uns mit, daß die Satzungen und Geschäftsordnungen der Internationalen Arbeitsorganisation nunmehr in deutscher Sprache erschienen sind. Einleitend enthält das Buch Teil XIII der Friedensverträge von Versailles und Trianon, bezw. Teil XII des Vertrages von Neuilly, betr. die Schaffung einer internationalen Arbeitsgesetzgebung auf Grund einer sozialen Gerechtigkeit zur Begründung des Weltfriedens. — Die wachsende Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes erfordert eine eingehende Beschäftigung aller Sozialpolitiker mit dieser Materie und insbesondere mit den Aufgaben und dem Aufbau des Internationalen Arbeitsamtes.

Das Buch kostet 8 Mk. und ist zu beziehen vom Internationalen Arbeitsamt, Amt Berlin, U. Schlöde, Berlin NW. 40, Scharnhorststr. 35. Tel.: Norden (2831).

Ein Reichsbetriebsrätekongress für die Metallindustrie tagt vom 5. Dezember ab in Leipzig. Einberufen ist der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Es werden sprechen Dr. Vederer-Heidelberg und Dr. Otto Bauer-Wien über „Weltwirtschaft“, Dr. Hilferding über „Deutsche Wirtschaft“, Otto Hue-Essen über „Kohle und Eisen“, Verbandsvorsitzender Robert Ditzmann und Engelb. Graf-Stuttgart über „Aufgaben und Bildung der Betriebsräte“. Etwa 650 Delegierte werden teilnehmen, außerdem Vertreter des IFA-Bundes und Vertreter ausländischer Metallarbeiterorganisationen.

Die Kongressnummer der vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes herausgegebenen „Betriebsrätezeitschrift“ ist besonders reichhaltig ausgestattet. In 19 Artikeln werden von Autoren, die Kapazitäten auf ihren Spezialgebieten sind, die verschiedenartigsten Fragen weltwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Natur behandelt. Als besondere Beilage ist Nr. 2 des „Arbeiterrecht im Betriebe“ erschienen. Dasselbe enthält Richtlinien für das Schlichtungsverfahren und eine große Anzahl von wichtigen Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse.

Die Lötter in Berlin, die bis zum 1. Dezember d. J. einen Stundenlohn von 10 Mk. hatten, erhalten vom 1. Dezember ab 13 Mk. pro Stunde. Ein Facharbeiter unseres Berufes über 24 Jahre erhält in Berlin im Dezember einen Stundenlohn von 7,92 Mk. Die Alfordbasis beträgt 9,90 Mk. Sollten die Leistungen eines Facharbeiters in unserem Berufe nicht den Anspruch auf dieselbe Bewertung haben, zumal in einer Industrie, die 30, 50 bis 80 Proz. Dividende zahlen kann?

Vermischtes.

Der Lohnabbau hat im Auslande begonnen. In den Vereinigten Staaten sind mehr als 500 Lohnkürzungen beobachtet worden, die rund 750 maßgebende Betriebe und etwa 2 Millionen Arbeiter betrafen. In deutlicherem Umfange begann der Lohnrückgang etwa am 1. September 1920. Von Mitte Mai 1921 an war eine Abnahme der Wertschöpfung zu beobachten. Das durchschnittliche Mittel der Kürzungen betrug etwa 20 Proz. des Lohnes. Ueber den Lohnabbau in England liegen für die erste Hälfte des Jahres 1921 Feststellungen des englischen Arbeitsministeriums vor. Danach haben damals 1 1/4 Millionen Personen Lohnherabsetzungen erlitten. Zum Teil auf Grund der amtlichen Indexzahl für die Kosten des Lebensunterhalts, zum Teil auf Grund der Herabsetzung der Verkaufspreise der Waren. Die bedeutendste Herabsetzung dieser Art ist in der Metallindustrie erfolgt. Sie beträgt 22 bis 66 Proz. der Grundtarife und bedeutet eine Verringerung des Verdienstes um 7 1/2 bis 20 Proz.

Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Die Zählung der Geschlechtskranken, die vom 15. November 1919 bis zum 14. Dezember 1919 in ganz Deutschland durchgeführt wurde, hat jetzt zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Auf 10 000 Einwohner kamen danach 22 Geschlechtskranke, 6 im Durchschnitt. Diese Reichsdurchschnittsziffer wurde nur von großstädtischen Verwaltungsbezirken, und zwar von Bremen mit 76, Hamburg mit 67 und Lübeck mit 49 erheblich überschritten. Doch kann daraus, wie betont wird, nicht der Schluß gezogen werden, daß die Erkrankungs Häufigkeit dort größer ist, weil in diesen Bezirken die Zahl der Ledigen im Alter von 15 bis 30 Jahren, unter denen eine Ansteckung besonders häufig erfolgt, verhältnismäßig sehr groß ist. Bei der im Jahre 1913 in zehn deutschen Großstädten durchgeführten Erhebung wurden während eines Monats 33 266 geschlechtskranke Zivilpersonen oder 64 auf 10 000 gezählt. Für die gleichen zehn Großstädte wird die Zahl der geschlechtskrank gemeldeten Zivilpersonen im Jahre 1919 mit 31 631 oder 61 auf je 10 000 Einwohner angegeben. Dieser Rückgang ist jedoch in Wirklichkeit nicht vorhanden, da die Beteiligung der meldenden Ärzte und Krankenanstalten im Jahre 1913 im allgemeinen größer war als im Jahre 1919. Immerhin ist diese Feststellung wieder ein Beweis dafür, daß die Zunahme an Geschlechtskranken doch nicht so erheblich ist, wie zuerst vermutet wurde.

Versammlungsberichte.

Althalbenseben. Die am 14. November stattgefundene Versammlung war gut besucht. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Chr. Schwaneberg ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plagen. Den Kartellbericht gibt Kollege Wenig; er bringt den neuen Musikertarif. Darin ist auch der 1. Mai als besonderer Festtag eingerechnet. Die Kartellbelegierten stehen auf dem Standpunkt, daß der 1. Mai wohl ein Weltfeiertag für das Proletariat ist, aber nicht als Festtag bei Bezahlung der Musiker gelten kann. Dann berichtete der Sekretär bezüglich der Schuhversorgung, daß es nicht möglich ist, Schuhe zu beschaffen. Für die Abgebrannten in Bülstringen sind 2922 Mark gesammelt und wird das Geld auf 3 Familien verteilt. Auf Grund eines Zuschusses von 2500 Mk. vom Kreistag für das Gewerkschaftssekretariat hält Kollege Feldmann alle vierzehn Tage in Erzlehen Sprechstunde ab. Für die Opfer von Oppau sind von unserer Zahlstelle 2440 Mk. an das Kartell abgeliefert worden. Sodann kritisiert Kollege Berlich das Verhalten der Kapitalisten und Unternehmer während des letzten Lohnkampfes und stellt folgende Anträge: 1. daß die „Ameise“ so reduziert werden soll, daß in Familien, wo zwei und mehr Verbandsmitglieder sind, nur ein Exemplar zur Ausgabe gelangt; 2. daß die Wöchnerinnenbeiträge in Wegfall kommt und sie den örtlichen Krankenkassen übertragen werden soll. Begründung: Um unsere Verbandskasse kampffähiger zu gestalten. Die Kollegen Schmidt und Schröder geben in längeren Ausführungen die Verhandlungen mit unseren Unternehmern zwecks Lohnabkommen bekannt und bedauern, daß nach mehrmaligen Sitzungen noch kein endgültiges Resultat erzielt worden ist. Es sollen nun je ein Vertreter der Unternehmer und unserer Verbandsleitung nach hier geladen werden. Kollege Ferlich forderte zum Schluß noch diejenigen auf, die aus der Landeskirche ausgetreten sind, sich dem Freidenkerbund anzuschließen. Anmeldungen nimmt Kollege Wenig entgegen. Beitrag pro Woche 40 Pf. Auf Wunsch des Kartells werden alle Sitzungsgelder auf 8 Mk. erhöht. Hierauf Schluß der Versammlung.

Hättensteinach. In einer allgemeinen Betriebsversammlung der beiden Betriebe Gebr. Schönau und Swaine & Co. wurde zu unserem Lohnabkommen eingehend Stellung genommen. Auch wurden die Versammlungsberichte von Gräfenhal und Kahla besprochen, wo demnach das neue Lohnabkommen einen ungeheuren Erfolg gegen die Eilenacher Zugeständnisse uns gebracht hätte. Es müßte demnach noch etwas der Berechnung zugrunde liegen, was uns nicht bekannt ist. So wurde die Frage aufgeworfen: „Warum haben wir gestreikt?“ Weil uns das Eilenacher Angebot seitens der Unternehmer zu gering war der Forderung gegenüber und deshalb als ein Lohn- und Spottangebot bezeichnet wurde. Was haben wir nun erreicht? Die Wirtschaftsbeteiligung für die erhöhte Forderung der Monate August und September ist vollständig gefallen und für Oktober wurden die Mindestsätze und Akkordbasen prozentual erhöht, für November 7 Proz. und Dezember 10 Proz. Zuschlag, einschließlich der ersteren. Nach den Zahlen der alten gegenüber den neuen Lohnsätzen ein großer Sprung. Aber wie sieht er in der Praxis aus? Dafür nur zwei Beispiele: In einer Sacharbeiterpartei war für Monat September ohne die Zuschläge der Durchschnittslohn pro Stunde 5,73 Mk. demnach vom 1. Oktober aber nur 50 Proz. Lohnzuschlag. Bei dem gleichen Verdienst von 5,73 Mk. im Oktober erhielt der Arbeiter 25 Proz., plus 15 Proz. Zuschlag = 8,23 Mk. pro Stunde 50 Proz. auf 5,73 Mk. macht hingegen 8,60 Mk., somit ein Mehr von 37 Pf. die Stunde, und in 48 Stunden 17,76 Mk. wöchentlich. Daraus besteht er aus 9 Mk. Sonderzulage für ein Kind; bleiben ihm noch 7,76 Mk. wöchentlich übrig. Hätte er mehr Kinder, so würde eine „30 Prozent-Zulage“ nicht ausreichen, den Verlust auf der anderen Seite zu decken. Ein anderer Arbeiter gewinnt durch Zuschlag von 61 Proz. durchschnittlich wöchentlich 37,92 Mk., wöchentlich 30 Mk. Zulage, bleiben alsdann noch 7,92 Mk. als Lohnzulage. So sind mehrere Beispiele aufgezählt worden und wird daher das Lohnabkommen als ein schlechtes bezeichnet, indem die alten Zuschläge bei den neuen Aufschlägen mit eingerechnet werden. Dann heißt es im Abkommen weiter: „Streikzeit wird nicht bezahlt.“ Es verlieren dadurch viele Arbeiter die Entlohnung seitens der Arbeitgeber, indem viele Arbeiter und Arbeiterinnen infolge des Streiks ausbleiben müssen und die übrigen zuletzt noch ausgepörrt wurden. Es gilt nur, seitens unserer Verbandsleitung alles daran zu setzen, um die Scharten in den kommenden

Monaten wieder auszugleichen oder, wenn Fehler in der Auffassung des neuen Lohnabkommens vorliegen, aufklärend zu wirken. Ferner wurde beschlossen, daß er beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mit aller Macht dahin wirkt, daß Mittel und Wege gefunden werden, damit die 10 Forderungen vom 15. November endlich einmal durchgeführt werden und nicht nur auf dem Papier stehen. Desgleichen soll er versuchen, daß die einzelnen Verbände sich zusammenschließen zu großen Industrieverbänden und die Lohnverträge so abschließen, daß sie gleichmäßig ablaufen, damit eine größere Macht den immer größer werdenden Arbeitgeberverbänden gegenübersteht. Zum Schluß der Versammlung wurde der Beschluß des Hauptvorstandes vom 7. November, betreffs Extrabeiträge, gegen zwei Stimmen für gut heißen und die Mitglieder aufgefordert, daß sie restlos ihren Verpflichtungen bis Jahreschluß nachkommen.

Kahla. Extrabeiträge und Beitragserhöhung, sowie Verwaltungswahlen waren die hauptsächlichsten Tagesordnungspunkte der letzten Zahlstellensammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Hugo Mumentritt ehrende Worte des Gedenkens und ehrte die Versammlung den Verstorbenen in der herkömmlichen Weise. Zum Tagesordnungspunkt: „Extrabeiträge und Beitragserhöhung“ machen der Vorsitzende und der Geschäftsführer längere Ausführungen; letzterer gibt einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Verbandes bezüglich seiner Finanzen seit Kriegsausbruch, dabei betonend, daß die Kassenverhältnisse schon seit längerer Zeit einer Sanierung bedürftig hätten, da die gezahlten Beiträge keinesfalls im Einklang standen zur Geldentwertung und zu den enormen Ausgaben, die der Verband hatte. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, schreiten Geldentwertung und damit Erhöhung der Ausgaben im Verbandsverbande fort, was uns Veranlassung geben muß, diesem zu begegnen. Und das kann nur geschehen in der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Weise, wenn anders nicht die Verhältnisse bezüglich unserer Klasse sich zur Trostlosigkeit und zur Unertüchtigkeit gestalten sollen. In der Aussprache, welche eine ausgedehnte ist, wird allseitig auf die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen bezüglich der Gesundung unserer Verbandsfinanzen hingewiesen und dabei betont, daß die Beitragserhöhung durch die Verbandsleitung eigentlich schon früher veranlaßt werden mußte, und daß dadurch die Extrabeiträge überflüssig gewesen wären, denn letztere machen sich bei denen unserer Mitglieder erheblich drückend fühlbar, die 4 Wochen im Streik standen und nun bei Wiederaufnahme der Arbeit gleich mit dreifachen Beiträgen belastet werden. Gegen eine Erhöhung der Beiträge werden Einwendungen nicht erhoben. Rückblickend auf den verfloffenen Streik, der als die größte Bewegung in der Geschichte unserer Organisation, die so außerordentlich reich ist an Kämpfen, bezeichnet werden kann, wird betont, daß kleine Organisationen, wie die unsere, keine Tafeinsberechtigung mehr haben in dem großen Komplex der heutigen Gewerkschaftsbewegung als selbständige Gebilde, vielmehr müßten sie als Versplünderung der Bewegung bezeichnet werden. Wir stehen heute im Zeichen der Konzentration und der Zentralisation. Diese Tendenz zeigt sich am deutlichsten in der Industrie usw., wie beim Kapitalismus überhaupt: Konzerne tun sich zusammen, und die Arbeitgeberverbände finden sich zu großen Gebilden zusammen, um den sich mit zwingender Notwendigkeit erfordern machenden Lohnbewegungen der Arbeiterorganisationen wirksamer begegnen zu können. Die Konsequenzen hieraus zu ziehen, dürfte nicht schwer fallen. Das Ergebnis der Aussprache war nachstehende Resolution: „Die Zahlstelle Kahla ist mit den getroffenen Maßnahmen der Verbandsleitung bezüglich der Beitragsregelung einverstanden. Die Erfahrungen aus dem letzten, in unserem Verne zum Abschluß gebrachten Streik, sowie solche in anderen Industrien und Gewerbegruppen in der letzten Zeit würdigend, ist die Zahlstelle Kahla der Auffassung, daß seitens kleiner Berufsverbände eingeleitete Kampfaktionen den erhofften Erfolg nicht bringen können, da diejenigen kleinen Berufsorganisationen viel kapitalkräftigere und deshalb kampffähigere Unternehmerorganisationen gegenüberstehen, die noch besondere Unterstützung finden bei den gesamten Unternehmerverbänden. In der Erkenntnis, daß sich in der näheren und auch der ferneren Zukunft wirtschaftliche Kämpfe häufig als notwendig erweisen und diese von besonderer Schwere sein werden, nimmt die Zahlstelle Kahla den Gedanken der Verschmelzung des Porzellanarbeiterverbandes mit verwandten Organisationen wieder auf und fordert die Verbandsleitung auf, auf die Beschlüsse der Leipziger Tagung von 1913 zurückzukommen, weil von größeren Gebilden größere Erfolge zu erwarten sind. Von dem nächsten deutschen Gewerkschaftskongress erwartet die Zahlstelle Kahla, daß er den tatsächlich geänderten Verhältnissen entsprechende Beschlüsse Rechnung trägt. Die zu wählenden Delegierten unseres Verbandes fordert sie auf, alle Bestrebungen auf den nächsten Gewerkschaftskongress, die auf Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte hinzielen, tatkräftig zu unterstützen. Eine Vereinfachung der Beitrags- und Unterstützungsätze in allen Gewerkschaften erachtet die Zahlstelle Kahla als dringend geboten.“ — Die Verwaltungswahlen wurden ohne wesentliche Veränderungen erledigt. An Stelle des Schriftführers Kollegen Über und des Revisors Kollegen Tänger, die beide eine Wiederwahl ablehnten, traten die Kollegen Sonnensall für ersteren und Franz Junold für letzteren neu in die Verwaltung ein. Bei Verschiedenem weist der Geschäftsführer auf das demonstrative Verhalten der Mehrzahl der Geschäftsleute am Veranlaßlich der Aufhebung des „Buktages“ als gezielten Feiertag in Thüringen hin und resultiert Kollege Meinhardt, daß das Verhalten der Geschäftsleute als gegen die sozialistische Regierung in Thüringen gerichtet zu betrachten und entsprechend zu begegnen sei. Pflicht einer jeden Gewerkschaftlerin, die als solche gelten will, sei es, ihre Einkäufe ausschließlich im Konsumverein zu tätigen. Die Konsumgenossenschaften seien sozialisierte Betriebe und müßten als Träger der Warenverteilung der Zukunft angesehen werden. Jeder Gewerkschaftler und jede Gewerkschaftlerin als Haltungsvorstände gehören in die Genossenschaft! Der Beifall für diese Ausführungen dürfte als Beweis gelten, daß diese Worte richtigen waren und unsere Mitglieder der Genossenschaftsbewegung Verständnis entgegenbringen.

Gewerkschaftsbücherei betr., wiederholt der Vorsitzende die immer vorgetragenen Klagen und Beschwerden der Bücherverkäufer.

über wiederholt die Leser und betont, daß diese Klagen heute noch
ihre Berechtigung haben. In jedem Falle, wo ein Buch verliert
oder abhanden gekommen ist durch die Schuld des Lesers, wird voller
Erlaubnis gegeben. Danach können sich diejenigen, die es angeht, richten.
Danach. Die Zahlstellenversammlung vom 25. November hatte
als Tagesordnung: 1. Der neue Tarif, 2. Beitragserhöhung und 3. Ver-
schiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurde der ver-
storbenen Kollegen Heinlein und Bähler in der üblichen Weise gedacht.
Hierauf erhielt Kollege Stauch aus Lettau als Tarifverhandlungs-
teilnehmer das Wort. Von den ersten Verhandlungen in Eisenach
beginnend, ging Stauch auf die näheren Umstände ein, die die Dele-
gierten in Eisenach veranlaßten, lieber einen tariflosen Zustand ein-
zutreten zu lassen, als das Ultimatum der Unternehmer anzunehmen.
Er schilderte weiter die Unbahnung der Verhandlungen vom Landes-
einigungsamt Nürnberg und das Zustandekommen der endgültigen
Verhandlungen in Dresden. Den Dresdener Verhandlungsgang
schilderte Kollege Stauch sehr eingehend, besonders die Momente, wo
wiederum mit einem Scheitern zu rechnen war, und erläuterte dann in
leichtverständlicher Weise die einzelnen Paragraphen. Zum Schluß
wählte Kollege Stauch auch einige Worte der neuen Beitragserhöhung.
Seinen 12stündigen Ausführungen wurde reichlich Beifall gezollt. Eine
Diskussion schloß sich den Ausführungen des Kollegen Stauch nicht an.
Eodann wurde der zweite Punkt der Tagesordnung behandelt. Nach
einer kurzen Erläuterung wurde beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß
die Säle hier kaum die Hälfte unserer Mitglieder fassen, die Ab-
stimmung über die Beitragserhöhung betriebsweise vorzunehmen, und
vor am 28., 29. und 30. November. In allen drei Versammlungen
wird ein Vortrag gegeben werden über die Verelendung der Arbeiter-
klasse und die Entwicklung der Gewerkschaften. Unter „Verschiedenes“
wurden die Extrabeiträge beleuchtet. Bezüglich einer Lohnerhöhung
zum 1. Januar 1922 wurde lebhaft diskutiert. Es wurde angeregt, ob
nicht eher einmal ein Preisabbau eintreten müßte und dazu von Seiten
des DGB energische Vorstöße bei der Regierung unternommen
werden sollten. Mit den immer neuen Lohnerhöhungen ist der Ar-
beiter nicht gebüdet. Im Gegenteil, die Verelendung werde
immer schlimmer. Es wurde betont, daß bei dem jetzigen Valutastand
ein Abbau nur möglich wäre, wenn die Ausfuhrbeschränkungen ver-
schärft und richtig überwacht würden, um den Ausverkauf Deutschlands
nicht noch zu fördern. Folgender Antrag fand hierauf Annahme:

Die Zahlstelle Kronach erwidert dem Hauptvorstand, bei den Lohn-
verhandlungen zum 1. Januar 1922 dahin zu wirken, daß die unbedingt
notwendigen Lohnerhöhungen nicht prozentual, sondern gleichmäßig auf
sämtliche Arbeiter- und Arbeiterinnenlöhne, also Teuerungszuschläge,
gefordert werden.

Hierauf Schluß der Versammlung.

Letztlich. Die gutbesuchte Zahlstellenversammlung nahm mit Ent-
zückung Kenntnis von unserem neuen Tarif. Es mutet einem an, als
ob man sich einen „Aprilscherz“ geleistet hätte. Unsere Dreher sind
im Durchschnitt, sage und schreibe, pro Woche um ganze dreißig Mark
gesteigert. Aber haben die Dreher vielleicht schon zu viel verdient
nach dem alten Tarif? Die Arbeiterinnen, welche die schwersten Ar-
beiten am Ofen verrichten, die Schlämmerinnen an der Massenschlag-
maschine haben sich ebenfalls nur um ein wenig verbessert. Wo liegt
die Wurzel allen Übels? Kolleginnen und Kollegen, es muß mal
frei herausgesagt werden: Ist nicht ein bißchen viel Klagengeist in
diesem Tarif enthalten? Man hat in der wilhelminischen Zeit mit
Recht viel von Kasten- und Klassengeist geschrieben. Nach der Re-
volution scheint es fast, als ob der Verband der Porzellanarbeiter da-
von ein gutes Stück als Erbe übernommen habe. Bei uns sind
rund 80 Arbeiter beschäftigt; da hat aber fast jeder ein anderes Ein-
kommen. Und das Ende? Haß und Verbitterung unter den Arbei-
tern. Wir fragen: Wer ist der lachende Dritte? Kollegen, denkt einmal
nach! Als ihr noch im Weltkriege gekämpft, habt ihr da nicht manchmal
gerufen (und auch erhalten? Red.): „Gleiche Löhnung, gleiches Essen!“
Den anderen Satz wollen wir nicht folgen lassen. Ist es nicht genau
wie auf der Eisenbahn, wo vier Klassen gefahren werden? Ist es
nicht unbedeutend nötig, das „Prädikat“ Facharbeiter zu prägen? Ist
es nicht nötig, daß sich die Arbeiterinnen und Arbeiter einen solchen Dünkel
in den Kopf setzen lassen? Oder kaufen „Nicht-Facharbeiter“ die
Löhne billiger ein? Wenn im neuen Tarif Brenner, Hofarbeiter
der, wie es so schön klingt, „sonstige“ Arbeiter auf rund sieben Mark
zu stellen kommen, dann wollen wir entgegenhalten, daß hier in Döslau
und Lettau in den Ton- und Erdengruben acht Mark und sechzig
Pfennig gezahlt worden sind ohne Erwerb. Aber dort sieben die Ar-
beiter einmütig zusammen und Kasten- und Klassengeist kennt man
vor nicht. Es muß auch mal das ewige Prozentrechnen abgebaut
werden. Es ist fast niemand imstande, seinen Lohn ausrechnen zu
können, man müßte sonst schon ein paar Jahre die Universität besucht
haben. Die Zahlstelle fordert den Verband auf, das Lohnabkommen
zu kündigen, da die Löhne in keinem Vergleich zu den Warenpreisen
stehen. Den Arbeitern rufen wir zu: „Mehr Solidarität!“

Mitteilungen i. Bogt. Am 29. November wurde eine außer-
ordentliche Zahlstellenversammlung einberufen. Zu Punkt 1, „Er-
läuterung zum Lohnabkommen“, erhielt der anwesende Gauleiter, Ge-
org Brückner, das Wort. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß
das Lohnabkommen nur einen Schiedsspruch darstelle, daß ferner alles
versucht werden sei, um mehr für die Kollegen zu erreichen, dies aber
am Starrsinn der Unternehmer scheiterte. In der anschließenden
Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir uns den „schönen
Erfolg“ für die Arbeiter auch anders vorgestellt haben. Auf Grund
dessen wird dem Hauptvorstand folgende Resolution unterbreitet: „Die
am 29. November 1921 einberufene außerordentliche Mitgliederver-
sammlung bringt einstimmig zum Ausdruck, daß das Lohnabkommen
vom Oktober im Dezember gekündigt werden soll. Bedingt wird dies
durch die rapid steigenden Kosten der Lebenshaltung. Ebenfalls soll
in Zukunft darauf hingewirkt werden, das Lohnabkommen ähnlich wie
in anderen Berufsarten, das heißt übersichtlicher, zu gestalten. Im
Punkt erläuterte der Vorsitzende die Mitgliederabstimmung und
machte zum Ausdruck, daß der Beitragserhöhung zugestimmt werden
müßte, wenn wir eine Kampforganisation bleiben wollen. Ausgegeben
wurden 28 Stimzettel, davon waren 37 mit „Ja“ und einer mit
„Nein“ beschriftet. Unter „Verschiedenes“ wurde dann die „Rebr-
lage“ angesprochen, dabei aber nicht unterlassen, auf die jugendlichen

Mitglieder erzieherisch einzuwirken. Der Vorsitzende sowie der Gau-
leiter führte die Gefahrlichkeit unseres Berufes in gesundheitlicher Be-
ziehung vor Augen und ermahnte die Mitglieder, peinlichste Sauberkeit
zu beachten. Insbesondere sei schnelles Laufen durch die Arbeits-
räume und Abklopfen von Staub von den Kleidungsstücken im Betrieb
zu unterlassen. Mit dem Appell, fest und treu zur Organisation zu
halten, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Zeltow. Die hiesige Zahlstelle hielt am 30. November ihre
ordentliche Dezemberversammlung mit folgender Tagesordnung ab:
1. Jahresbericht, Geschäftliches; 2. Mitgliederabstimmung über Bei-
trag- und Unterstützungsabänderungen; 3. Neuwahl der Zahlstellen-
verwaltung; 4. Stellungnahme zu dem Lohnabkommen (altes und be-
vorstehendes); 5. Verschiedenes. Im Jahresbericht spricht der Vor-
sitzende u. a. über die Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Zahlstelle
und bezeichnet dieselbe als gut. Mit einer Ausnahme sind hier alle
als direkte Porzellanarbeiter beschäftigten Personen Mitglieder unseres
Verbandes. Auch diese Ausnahme wird bald verschwinden. Eben-
falls würdigt der Jahresbericht die Streikbewegung am Orte. Außen-
leiter hatten sich während der 3½ Woche nicht gefunden.

Zu Punkt 2: Zu lebhafter Aussprache kam es vor der Ab-
stimmung. Während alle Redner dafür sprachen, glaubte einer da-
gegen sprechen zu müssen, und zwar darum, weil die Zeit des Aus-
schreibens der Abstimmung bis zu ihr selbst zu kurz war. Des Redners
Meinung ging dahin, daß es so anzusehen wäre, als öftroniere uns der
Hauptvorstand die Erhöhung auf, ohne den Mitgliedern Zeit zur
Aussprache zu lassen. Mehrere Redner traten dem scharf entgegen
und sagten, nicht der Vorstand diktiert uns die Erhöhung, sondern
die Verhältnisse diktiert dem Vorstand die Wechselschlüsse über die
Erhöhung.

Abstimmungsergebnis: 172 abgegebene Stimmen, davon 155 da-
für, 14 dagegen, 3 unbeschrieben.

Zu Punkt 3: Sämtliche Mitglieder der Verwaltung wurden
einstimmig wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden ein Beisitzer und
ein Unterkassierer.

Zu Punkt 4: Nach kurzer Erläuterung des Vorsitzenden und leb-
hafter Aussprache kam die Versammlung zu folgenden Beschlüssen:

I. Da die zurzeit geltenden Lohnsätze in keiner Weise den
Teuerungsverhältnissen angepaßt und dadurch die Belegschaft und
mit ihr die gesamten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen nicht in der
Lage sind, ihre ohnehin schon stark eingeschränkten Lebensbedürfnisse
zu bestreiten, sieht sich die Zahlstelle gezwungen, eine Teuerungsaus-
gleichszulage in folgender Höhe und Art zu beantragen:

1. Alle weiblichen und männlichen Arbeiter, die verheiratet oder
verwitwet sind, sowie alle Ledigen mit eigenem Hausstand und solche,
die Kinder oder Eltern zu versorgen haben, 1000 Mk. einmalig;

2. alle sonstigen Ledigen 800 Mk. einmalig.

II. a) Angesichts der Tatsache, daß die jetzige Methode der Ab-
schlüsse von Lohnabkommen stets zum Nachteil der gesamten Arbeiter-
schaft gewesen ist, fordert die Zahlstelle Zeltow mit allem Nachdruck,
daß vom Hauptvorstand alle Schritte getan werden, um die gleitende
Lohnskala zur Durchführung zu bringen.

b) Bis zur Einführung derselben hat eine derartige Lohnsteige-
rung zu erfolgen, daß die Lebensmöglichkeit gesichert ist.

c) Abschlüsse von Lohnabkommen in der Zeit bis zur Ein-
führung der gleitenden Löhne haben nur auf die Dauer von einem
Monat zu erfolgen.

Nach Erledigung von Punkt 5 schloß der Vorsitzende mit einem
Appell zur regen Mitarbeit die Versammlung.

Literarisches.

Von Moses bis Darwin. Von Gg. Engelb. Graf. Verlag
„Freiheit“, Berlin E. 2, Breitestr. 8/9. Preis 3 Mk.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 10. Heft vom ersten Band
des 40. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir
hervor: Der Urkommunismus im Lichte der ethnologischen Forschung.
Von Heinrich Cunow. — Romantischer Sozialismus. Von Dr. Ein-
fried Mars-Breslau. — Arbeitsrecht und Arbeiterfrage. Von Wilhelm
Schöttler-Köln I. — Notwendige Änderungen der ehelichen Rechts-
grundlagen. Von Dr. Sophie Schöber-München I. — Andersen Nov. v.
Von Joseph Kliche. — Literarische Rundschau.

Die Frau in der internationalen Genossenschaftsbewegung. Von
Emmy Freundlich-Wien. Verlag Sozialistische Genossenschaft. Gra-
renz. 32 Seiten. 250 Mk. Diese Broschüre enthält den Verhand-
lungsbericht der ersten internationalen genossenschaftlichen Frauen-
konferenz im August 1921 in Basel. Außerdem noch mehrere Abhand-
lungen über genossenschaftliche Frauenbetätigungsgebiete. Die Bro-
schüre ist die einzige Ausgabe der Berichte und Referate von der
Frauenkonferenz und deshalb zur Anschaffung, besonders für Büche-
reien, sehr zu empfehlen.

Ohne Landwirtschaft kein Aufbau. Eine Aufklärungsschrift von
Rudolf Wissell und Dr. Alfred Striemer. (Band 1 der Sammlung
„Gemeinschaftskultur“.) Verlag von Ernst Heinrich Morik (Inh.
Franz Mittelbach), Stuttgart. Broschiert 5 Mk. Kartonniert 7 Mk.

Diese Schrift, die mit einer Darstellung der Entwicklung und
des Wesens der freien kapitalistischen Wirtschaft beginnt, zeigt in ein-
gehenden Untersuchungen den Weg, auf dem sich der Leistungsfaktor
unserer Wirtschaft gewaltig steigert und durch die Mitarbeit der Ar-
beitnehmer eine soziale Umwälzung schaffen läßt, die uns aus den
unseren Volkskörper ungeheuer schädigenden inneren Kämpfen heraus-
bringen würde.

Dieser durchdringende Aufruf zweier Arbeiterführer kann und
darf nicht ungehört bis zum letzten Arbeiter und Unternehmer ver-
hallen. Eine möglichst weite Verbreitung dieser kleinen Schrift ist ein
Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Volk.

Erziehung im Gemeinschaftsgeist. Von Dr. Anna Siemsen.
(Band 2 der Sammlung „Gemeinschaftskultur“.) Verlag von Ernst
Heinrich Morik (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart. Broschiert 5 Mk.,
kartonniert 7 Mk.

Das vorliegende Büchlein gehört der neuen Schriftenreihe „Ge-
meinschaftskultur“ an, die in allgemeinverständlich geschriebenen Einzel-
darstellungen zeigen will, wie unser ganzes geistiges und wirtschaft-

liches Sein einer Befruchtung durch wahrhaften Gemeinschaftsgeist bedarf, wenn wir zu einer höheren Kulturstufe gelangen wollen. Die Arbeit von Dr. Anna Siemsen ist glänzend geschrieben; nur eine hervorragende Pädagogin wie sie konnte eine derartige treffende Schilderung aller Schäden unseres heutigen Erziehungswesens geben und die Wege zeigen, die zu einer neuen Erziehung führen, zu einer solchen, aus der ein neues, besseres Geschlecht hervorzugehen vermag.

Die Schrift teilt sich in folgende Abschnitte: Erziehung und Gesellschaft — Erziehung und Wirtschaft — Erziehung und Kirche — Erziehung und Staat — Was heißt Gemeinschaft und was ist Erziehung zur Gemeinschaft? — Kinder unter sich — Kind und Umwelt — Kind und Erzieher — Erziehung und Gemeinschaft.

Allen denen, die an den Kulturströmungen der Zeit Anteil nehmen, besonders den Erziehern, den Eltern usw. sei das warm geschriebene Büchlein bestens empfohlen.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“: Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Schlesingen. Montag, den 19. Dezember, abends 6 Uhr, im Schießhaus.

Adressen-Änderungen.

Coburg. Die Adresse des Geschäftsführers ist jetzt Ernst Dalsbor, Leopoldstr. 14, II.

Quittung.

Für unseren Kollegen Wank ging noch nachträglich ein von der Zahlstelle Waldenburg 20,— Mk. Den Gebern besten Dank.
Zahlstelle Brattendorf. Fridolin Fehd, Kassierer.

Quittung.

Für unser Mitglied Klinte gingen nachträglich noch ein von Stadtilm 10,—, von Waldenburg 20,— Mk. Den Gebern besten Dank.
Zahlstelle Belten. Der Kassierer: H. Verbuhn.

Sterbetafel.

Annaburg. Hermann Schröder, Brennhausarbeiter, geboren am 22. September 1879, gestorben am 3. Dezember an Grippe und Herzleiden. Mitglied seit 1911.

Arzberg. Georg Thurn, Kapseldreher, geboren am 30. März 1880, gestorben am 16. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1920.

Hohenberg a. Sa. Margarethe Gebhardt, Putzerin, geboren am 10. März 1858, gestorben am 6. Dezember an Asthma. Mitglied seit 1918.

Aahla. Louis Schmalfuß, Dreher, geboren am 30. Oktober 1868, gestorben am 5. Dezember an den Folgen einer Magenoperation. Mitglied seit 1917. Sch. war Mitglied unserer Verwaltung und hat tatkräftig für die Verbandsinteressen gewirkt, weshalb ihm die Zahlstelle ein dauerndes Gedenken bewahrt.

Rudolstadt. Richard Koch, Glasurer, geboren am 30. März 1847, gestorben am 19. November an Altersschwäche. Mitglied seit 1918.

Sophienau. Emma Scholz, Glasurerin, geboren am 8. Mai 1890, gestorben am 23. November an Nierenleiden. Mitglied seit 1917.

Ehreibrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtige ledige Freihandmaler (Unterglasur) werden sofort eingestellt.
C. & C. Carstens, Keramische Werke, Gräfenroda i. Thür.

Porzellan-Maschinen, mit jeder im Fach vorkommenden Arbeit verrichtbar — Zusammenstellung von Geschirr, Gieß- und Isolatorenmaschinen, sowie den dazu gehörigen Glasuren — sucht Stellung per 1. Januar 1922 oder später, eventuell auch im Ausland.
Offerten unter „M. G. 100“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt je einen jüngeren perfekten Formengießer und Formenschnittler. — Angebote mit Wohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermines erbeten an die
Schramberger Maschinenfabrik, S. a. b. H., Schramberg i. Württemberg.

Junger Unterglasurmalerei, ledig, tüchtig im Schablonenschneiden sowie aller sonst im Fach vorkommenden Arbeiten in der Unterglasurmalerei, sucht möglichst baldige Stellung. Zeugnisse zur Verfügung.
Offerten unter „M. G. 2“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Von einer größeren Steinzeugfabrik Norddeutschlands wird ein tüchtiger, möglichst unverheirateter Unterglasurmalerei gesucht. Derselbe muß Erfahrung haben in allen im Fach vorkommenden Arbeiten, als Schablonenschneiden, Bedienung des Kerngraphen usw. Bei zufriedenstellender Leistung kann Obermalereiposten in Aussicht gestellt werden. Angebote mit Angabe des Alters, sowie Gehaltsansprüche erbeten an die Redaktion der „Ameise“ unter „B. G. 2“

Einige tüchtige Dreher für unsere Isolatorenabteilung werden eingestellt. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
H. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Hohlau, Anhalt.

Wir suchen mehrere unverheiratete Maler für reiche Dekoration. Wohnungsmöglichkeit vorhanden. Offerten mit Zeugnisabschriften an
Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Meh.).

Tüchtige Dreher zum möglichst sofortigen Eintritt sucht
H. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Margarethenhütte, Post Großdubrau/Sachsen.

Wir suchen für sofort einen Kapseldreher für dauernde Beschäftigung. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt.
Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. Sa.

Zeller- und Großgeschirrdreher, sowie Gießer für Schüsseln und Terrinen, die in erstklassigem Tafelgeschirr durch aus bewandert sind, werden von uns eingestellt. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit an
Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth b. Weisau, Sa.

Je ein tüchtiger Ovalformer und Formengießer, der auch Mobelleinrichten versteht, zu sofortigem Eintritt gesucht.
Porzellanfabrik Burgau, Post Göschwitz a. Saale, S.-M.

Schiffenmaler für Apotheken-Standardgefäße bei hohem Stundenlohn und Akkord sofort gesucht.
Janke & Kunkel, Köln a. Rhein, Im Stenstal 20-31.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Velles Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Mische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Mische — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Mische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf., je nach Inhalt. — Darum schickt „alles“ zu
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Goldhaltige Lappen — Mische — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-N., Bönißch-Platz 17.

Goldasche, Abfälle, ausgebranntes Malergold, wird sofort eingeschmolzen und zahlt höchste Tagespreise
A. Geyer, Goldarbeiter
Selb i. Bayern.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Th.

Staunend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen b. Konrad Bügler, Schubverband, Birndorf b. Jülich, Rh.

CHRISTOPH SACK
SCHWARZENBACH A. D. SAALE
Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Veranst. v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von C. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Ufer 20